

CHRISTOPH POPP

Nachhaltigkeit und direkte Demokratie

*Recht der
Nachhaltigen Entwicklung*
25

Mohr Siebeck

Recht der Nachhaltigen Entwicklung

herausgegeben von
Wolfgang Kahl

25



Christoph Popp

Nachhaltigkeit und direkte Demokratie

Volksentscheid und Bürgerentscheid
als Instrumente der Nachhaltigkeit?
Eine empirische Analyse

Mohr Siebeck

Christoph Popp, geboren 1988; Studium Wirtschaftsrecht (LL.B.) in Hof sowie Studium der Rechtswissenschaften in Bayreuth und Heidelberg; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsches und europäisches Verwaltungsrecht an der Universität Heidelberg; 2020 Promotion; seit 2019 Rechtsreferendar am LG Heidelberg.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss. iur., 2020.

ISBN 978-3-16-159920-0 / eISBN 978-3-16-159930-9

DOI 10.1628/978-3-16-159930-9

ISSN 1862-0426 / eISSN 2569-4227 (Recht der Nachhaltigen Entwicklung)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2021 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Times New Roman gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsches und europäisches Verwaltungsrecht der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg entstanden und wurde im Sommersemester 2020 von der dortigen juristischen Fakultät als Dissertation angenommen. Literatur, Rechtsprechung und Internetquellen befinden sich auf dem Stand von August 2020.

Es gibt zahlreiche Personen, denen ich danken möchte, weil sie Wesentliches zur Fertigstellung dieser Arbeit beigetragen haben. An erster Stelle aber, und mögen mir andere verzeihen, danke ich von Herzen meinem Doktorvater *Professor Dr. Dr. h.c. Wolfgang Kahl, M.A.* für Unzähliges. Nicht nur bin ich ihm für das mich über drei Lebensjahre begleitende Dissertationsthema, für die besten Arbeitsbedingungen, die sich ein junger Wissenschaftler nur vorstellen kann, die vielen Anregungen, die Arbeit substantiell voranbringenden, Meinungen und Vorschläge sowie für sein jederzeit offenes Ohr zu Dank verpflichtet. Ein Vergelt's Gott gebührt ihm vor allem für seinen zwischenmenschlichen Umgang, einer bemerkenswerten Mischung aus professoraler Geduld und sanftem, aber merklichem Druck zur Vollendung des Forschungsvorhabens.

Das Zweitgutachten erstattete *Professor Dr. Michael Anderheiden*.

Darüber hinaus gilt mein Dank allen ehemaligen Mitarbeitern des Instituts für deutsches und europäisches Verwaltungsrecht sowie allen sonstigen freundschaftlich verbundenen Doktoranden des Juristischen Seminars, die mein Jammern und Klagen jahrelang mit nachsichtiger Geduld ertragen haben und mir nicht zuletzt durch ihre ehrliche und offene Kritik stets ein Quell der Inspiration waren. Für diese unbeugsame Gelassenheit mit meinem Charakter stehen meine Zimmerkollegen aus 334 *Dr. Jens Ritter* und *Annika Vorfelder* sowie aus 340 *Felix Kaiser* und *Robert Pracht* und nicht zuletzt *Dr. Torben Ellerbrok* und *Dr. Lucas Hartmann* gewissermaßen *pars pro toto*. Die zu Euch allen entstandene Freundschaft überragt die Leidenszeit der Dissertationsphase um ein Vielfaches und bedeutet mir mehr als ein Vorwort jemals angemessen abbilden könnte. Dasselbe gilt natürlich für die bereits bestandenen Freundschaften, ohne die mitunter eine Promotion nicht gelänge, wobei mein langjähriger Kommilitone *Robert Eitel* herauszugreifen ist.

Gewiss unmöglich gewesen wäre die Dissertation allerdings ohne meine Eltern sowie meinen Bruder, denen ein besonderer Dank für ihre Unterstützung in jeder erdenklichen Hinsicht gilt.

Der größte Dank allerdings – und gewiss nicht nur für die Korrektur der Druckfahnen – gebührt meiner Frau *Tanja Popp*. Wie man es mit meinem launenhaften Gemüt, dessen Kopf zudem oft nicht zuhause, sondern zumeist bei der Dissertation war, so stoisch gelassen aushalten und mir dabei dennoch immer vorbehaltlos unterstützend und motivierend zur Seite stehen kann, wird mir ein ewiges Rätsel bleiben.

Christoph Popp,
Heidelberg am Konraditag 2020

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XV
A. Einleitung	1
I. Nachhaltigkeit als Begriff	1
II. Nachhaltigkeitsmängel	5
III. Lösungsansätze zur Behebung der Nachhaltigkeitsmängel	7
IV. Ziel und Gang der Untersuchung	10
B. Das Prinzip der Nachhaltigkeit	15
I. Herkunft und Sprachgebrauch	15
II. Enger und weiter Nachhaltigkeitsbegriff	18
III. Nachhaltigkeit als Rechtsprinzip?	47
IV. Kritik am Nachhaltigkeitsbegriff und Metakritik	52
V. Fazit	78
C. Direkte Demokratie – Begriffsbestimmung	83
I. Historischer Hintergrund	83
II. Sprachgebrauch	87
III. Formen direkter Demokratie	91
IV. Fazit	108
D. Nachhaltigkeit durch direkte Demokratie	111
I. Direkte Demokratie auf Länderebene	112
II. Direkte Demokratie auf Kommunalebene	186
III. Systematische Analyse	244
IV. Ergebnis	251

E. Erklärungsansätze für das nachhaltige Handeln	253
I. Sozialpsychologische Ansätze	253
II. Soziobiologische Ansätze	261
III. Nachhaltigkeit als Kultur	266
IV. „Schwarmintelligenz“	268
F. Verfassungsvorschlag für eine Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene	271
I. Gründe für die Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene	271
II. Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Bundesebene	277
III. Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene	281
G. Resümee und Ausblick	373
I. Resümee	373
II. Ausblick	378
Literaturverzeichnis	381
Onlinequellenverzeichnis	423
Sachregister	435

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XV
A. Einleitung	1
I. Nachhaltigkeit als Begriff	1
II. Nachhaltigkeitsmängel	5
III. Lösungsansätze zur Behebung der Nachhaltigkeitsmängel	7
IV. Ziel und Gang der Untersuchung	10
B. Das Prinzip der Nachhaltigkeit	15
I. Herkunft und Sprachgebrauch	15
II. Enger und weiter Nachhaltigkeitsbegriff	18
1. Enger Nachhaltigkeitsbegriff	18
2. Weiter Nachhaltigkeitsbegriff	21
a) Verhältnis der Nachhaltigkeitsbegriffe zueinander	26
b) Ökologische Nachhaltigkeit	27
c) Ökonomische Nachhaltigkeit	29
d) Soziale Nachhaltigkeit	32
e) Kultur als 4. Dimension?	34
f) Verhältnis der Dimensionen zueinander	37
g) Starke versus schwache Nachhaltigkeit	39
h) Räumliche Dimension	41
i) Inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit	42
III. Nachhaltigkeit als Rechtsprinzip?	47
IV. Kritik am Nachhaltigkeitsbegriff und Metakritik	52
1. Fehlende Justiziabilität bzw. Bestimmtheit, Komplexität, Redundanz	52
2. Grenzziehung durch das Grundgesetz	55
a) Staatszielbestimmungen, Staatsstrukturprinzipien und Schuldenbremse	56

b) Grundrechte	61
3. Überprüfbarkeit der Nachhaltigkeit	65
a) Verhältnismäßigkeit	65
aa) Ermessen	67
bb) Planerische Abwägung	69
b) Übertragung auf die Nachhaltigkeit	72
c) Zwischenfazit	77
V. Fazit	78
C. Direkte Demokratie – Begriffsbestimmung	83
I. Historischer Hintergrund	83
II. Sprachgebrauch	87
III. Formen direkter Demokratie	91
1. Landesebene	91
a) Volksinitiative	91
b) Volksbegehren	92
c) Volksentscheid	94
2. Kommunalebene	96
a) Bürgerbegehren	96
b) Bürgerentscheid	101
3. Referendum/Ratsreferendum	104
4. Gegenstand der empirischen Untersuchung	107
IV. Fazit	108
D. Nachhaltigkeit durch direkte Demokratie	111
I. Direkte Demokratie auf Länderebene	112
1. Haushaltsvorbehalt als Hemmschuh nachhaltiger Entscheidungen?	112
a) Regelungen in den Landesverfassungen zum Haushalts-/Finanzvorbehalt	114
b) Auslegung der Regelungen in Rechtsprechung und Literatur	116
c) Fazit für die empirische Untersuchung	123
2. Länderübergreifende Grundsätze der Volksgesetzgebung	125
3. Baden-Württemberg	125
a) Volksbegehren	126
b) Volksentscheid	128
c) Fakultativ-minoritäres Referendum	129
aa) Art. 60 Abs. 2, 4 BaWüVerf	129
bb) Art. 60 Abs. 3, 4 BaWüVerf	130
d) Fall „S 21-Kündigungsgesetz“	130
4. Berlin	134

a) Volksbegehren	135
b) Volksentscheid	137
c) Fall „Berlin braucht Tegel“	138
5. Freie und Hansestadt Hamburg	145
a) Volksinitiative	147
b) Volksbegehren	148
c) Volksentscheid	149
d) Fakultatives Referendum	151
aa) Art. 50 Abs. 4, 4a HambVerf	151
bb) Art. 50 Abs. 4b HambVerf	152
e) Fall „Für Olympia-Bewerbung Hamburgs 2024“	153
6. Freistaat Sachsen	155
a) Volksantrag	156
b) Volksbegehren	158
c) Volksentscheid	159
d) Fall „Pro kommunale Sparkassen“	160
7. Sachsen-Anhalt	165
a) Volksbegehren	167
b) Volksentscheid	168
c) Fall „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“	170
8. Schleswig-Holstein	174
a) Volksinitiative	175
b) Volksbegehren	177
c) Volksentscheid	178
d) Fall „Für Wiedereinführung Buß- und Bettag“	179
9. Zwischenfazit	183
II. Direkte Demokratie auf Kommunalebene	186
1. Haushaltsvorbehalt als Hemmschuh nachhaltiger Entscheidungen?	187
2. Baden-Württemberg (Stadionbau des SC Freiburg)	191
3. Freistaat Bayern (Bau einer Skischaukel am Riedberger Horn)	196
4. Berlin (Medien- und Dienstleistungsviertel „Mediaspree“)	201
5. Brandenburg (Bebauung des Kyritzer Klostersgartens)	203
6. Bremerhaven (Bau des „Ocean-Parks“)	205
7. Freie und Hansestadt Hamburg (Bau einer Seilbahn über die Elbe)	208
8. Hessen (Für/Gegen die Aufstellung von Windkraftanlagen)	212
9. Mecklenburg-Vorpommern (Hafenneubau)	215
10. Niedersachsen (Landesgartenschau 2018)	218
11. Nordrhein-Westfalen (Nationalpark Siebengebirge)	221

12. Rheinland-Pfalz (Ansiedlung eines Supermarktes)	225
13. Freistaat Sachsen (Dresdner Waldschlösschenbrücke)	226
14. Sachsen-Anhalt (Freibadschließung)	234
15. Schleswig-Holstein (Landaufschüttung in Helgoland)	236
16. Freistaat Thüringen (Schulschließung)	240
17. Zwischenfazit	243
III. Systematische Analyse	244
IV. Ergebnis	251
E. Erklärungsansätze für das nachhaltige Handeln	253
I. Sozialpsychologische Ansätze	253
1. Sankt-Florians-Prinzip/Nimby-Effekt	253
2. Diffusion der Verantwortung	256
3. Norm der sozialen Verantwortung	258
II. Soziobiologische Ansätze	261
1. Reziproker Altruismus	261
2. Nepotistischer Altruismus	263
3. Genetischer Altruismus	265
III. Nachhaltigkeit als Kultur	266
IV. „Schwarmintelligenz“	268
F. Verfassungsvorschlag für eine Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene	271
I. Gründe für die Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene	271
II. Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Bundesebene	277
III. Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene	281
1. Ziele	281
2. Rechtliche Möglichkeiten der Einführung	281
a) De constitutione lata	282
b) De constitutione ferenda	284
aa) Konflikt mit dem Demokratieprinzip	284
bb) Konflikt mit der grundsätzlichen Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung	290
3. Ausgestaltung	296
a) Form der direkten Demokratie	296
aa) Legislativfunktion	296
bb) Volksbegehren	296
cc) Referenden	297
b) Ergänzung der repräsentativen Demokratie	303

c) Grundsatz- und Richtungsfragen	304
d) Gegenstandsbereich	306
e) Negativkatalog	307
aa) Parlamentarische Kontroll- und Wahlbefugnisse und innere Angelegenheiten des Parlaments	308
bb) Haushaltsvorbehalt	308
f) Einleitung des Volksgesetzgebungsverfahrens	315
aa) Zwei- oder Dreistufigkeit	315
bb) Unterschriftensammlung	316
g) Information des Stimmvolks	320
aa) Staatliche Informationstätigkeit	321
bb) Medienzugang	323
cc) Rederecht der Initiatoren	325
h) Vorlagen	326
aa) Umfang und Ausgestaltung der Vorlagen	326
bb) Abänderbarkeit der Vorlage	329
i) Parlamentarische Beratung	332
j) Quoren	334
aa) Rechtliche Notwendigkeit	334
bb) Nachhaltigkeitsfördernde Notwendigkeit	335
k) Abstimmung	345
l) Sperrwirkung/prozessuale Sicherung des Volksentscheids	349
m) Bindungswirkung und Rangverhältnis von Volksentscheiden	351
n) Finanzierung	356
o) (Verfassungs-)Rechtliche Kontrolle	361
aa) Präventive Kontrolle	361
bb) Retrospektive Kontrolle	366
4. Verfassungsvorschlag	368
5. Gestufte Umsetzung	370
G. Resümee und Ausblick	373
I. Resümee	373
II. Ausblick	378
Literaturverzeichnis	381
Onlinequellenverzeichnis	423
Sachregister	435

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
Abghs	Abgeordnetenhaus
Abghs-Drs.	Abgeordnetenhaus-Drucksache
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
APfP	Archiv für Presserecht (Zeitschrift für das gesamte Medienrecht)
AG	Aktiengesellschaft
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
Az.	Aktenzeichen
BauGB	Baugesetzbuch
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGHE	Entscheidungssammlung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs
BBodSchG	Bundesbodenschutzgesetz
Bd.	Band
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BS-Drs.	Bürgerschaft-Drucksache (Hamburg)
Bsp.	Beispiel
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWaldG	Bundeswaldgesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa

ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBbl.	Deutsches Verwaltungsblatt
etc.	et cetera
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EurUP	Europäisches Umwelt- und Planungsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f., ff.	folgende (Singular/Plural)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fußn.	Fußnote
GBI.	Gesetzblatt
gem.	gemäß
GfU	Gesellschaft für Umweltrecht
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
grds.	grundsätzlich
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Ausbildungsblätter
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LT-Drs.	Landtags-Drucksache
MBI. LSA	Ministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer(n)

NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht- Rechtsprechungsreport
NWVB.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
o.	oben
OHG	Offene Handelsgesellschaft
Rn.	Randnummer
ROG	Raumordnungsgesetz
Rspr.	Rechtsprechung
RuP	Recht und Politik. Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik
PVS	Politische Vierteljahresschrift
S.	Seite
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes
sog.	so genannt(e/r)
Sp.	Spalte
SRU	Rat von Sachverständigen für Umweltfragen
str.	streitig/strittig
SZ	Süddeutsche Zeitung
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
Tz.	Textziffer
u. a.	und andere/unter anderem
UK	United Kingdom/Vereinigtes Königreich
UN	United Nations
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
Urt.	Urteil
USA	United States of America/Vereinigte Staaten von Amerika
UTR	Schriftenreihe des Instituts für Umwelt- und Technikrecht der Universität Trier
v.	von/vom
Var.	Variante
VBIBW	Verwaltungsblätter Baden-Württemberg
verb.	verbunden
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VR	Verwaltungsrundschau
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WWF	World Wide Fund for Nature
ZAU	Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung
z. B.	zum Beispiel
ZEP	Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
zit.	zitiert
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPol	Zeitschrift für Politikwissenschaft
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

A. Einleitung

I. Nachhaltigkeit als Begriff

Der Begriff der Nachhaltigen Entwicklung respektive der Nachhaltigkeit ist spätestens seit der Veröffentlichung des sog. Brundtland-Berichts¹ bzw. seit der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro im Jahre 1992² zu einem geflügelten Begriff in der internationalen Politik geworden.³ Während der Begriff schon seit geraumer Zeit in nahezu keinem internationalen Abkommen – zumindest im Bereich der Umwelt- und Entwicklungspolitik – fehlt,⁴ macht er längst auch in der innerstaatlichen Politik Karriere. Vielmehr noch: Nicht nur in politischen Absichtserklärungen und Programmen ist er angekommen,⁵ unlängst

¹ *World Commission on Environment and Development*, Our Common Future, 1987, UN-Dokument A/42/427.

² Zu den dort verabschiedeten Prinzipien (Grundsätzen) siehe im Einzelnen umfassend die Kommentierungen in: J. E. Viñuales (Hrsg.), *The Rio Declaration on Environment and Development*, A Commentary, 2015.

³ Statt vieler *W. Kahl*, Nachhaltigkeit im Lebensmittelrecht, in: M. Möstl (Hrsg.), *Nachhaltigkeit und Ethik im Lebensmittelrecht*, 2017, S. 45 (45).

⁴ So auch *A. Epiney/M. Scheyli*, Strukturprinzipien des Umweltvölkerrechts, 1998, S. 36 ff.; *K. F. Gärditz*, Nachhaltigkeit und Völkerrecht, in: W. Kahl (Hrsg.), *Nachhaltigkeit als Verbundbegriff*, 2008, S. 137 (137 ff.); *A. Glaser*, Nachhaltige Entwicklung und Demokratie, 2006, S. 1; siehe neuerdings auch die von der UN-Generalversammlung im September 2015 verabschiedete Agenda 2030, *United Nations General Assembly*, Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development, UN-Dokument A/RES/69/315; zur internationalen Karriere des Begriffs, vgl. auch *K. Bosselmann*, *The Principle of Sustainability*, 2008, 2. Aufl., 2017, S. 8 ff.

⁵ Statt vieler: Koalitionsvertrag für die 18. Wahlperiode, Deutschlands Zukunft gestalten, 2013, S. 11; *Bundesregierung*, Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/730844/3d30c6c2875a9a08d364620ab7916af6/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-neuaufgabe-2016-download-bpa-data.pdf; *dies.*, Programm zur nachhaltigen Entwicklung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen (Deutsches Ressourceneffizienzprogramm), 2012, BT-Drs. 17/8965; *Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung*, Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit, www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2015/04/2015-04-30-massnahmenprogramm-nachhaltigkeit.pdf?__blob=publicationFile&v=1; sowie die lokalen Agenda 21 Programme auf kommunaler Ebene, dazu *T. Stottele*, Von der Lokalen Agenda zur nachhaltigen Stadtentwicklung, in: J. Kegelman/K.-U. Martens (Hrsg.), *Kommunale Nachhaltigkeit*, 2013, S. 101 ff.; insgesamt zu politischen Nachhaltigkeitsstrate-

hat auch der Gesetzgeber den Begriff der Nachhaltigkeit für sich entdeckt.⁶ Mitunter steht sogar die Forderung nach Einführung einer Staatszielbestimmung ins Grundgesetz (Art. 20b GG) im Raum.⁷ Doch mittlerweile, so hat man den Eindruck, ist der Begriff der Nachhaltigkeit nicht nur in der Welt der politischen Funktionäre und Wissenschaftler Zuhause, auch in die deutsche Alltagssprache scheint er Einzug gefunden zu haben.⁸ So schmücken sich heute bereits über 90 % aller DAX-Konzerne in Werbeanpreisungen und auf Hochglanzbroschüren mit dem „Gütesiegel“ des nachhaltigen Produzierens und Wirtschaftens.⁹ Auch wenn der Begriff der Nachhaltigkeit dabei immer mehr zu einer Chiffre für alles Gute, Glaubhafte und Dauerhafte wird, stellt sich doch die Frage, warum die Begriffsverwendung gerade in unserer neueren Zeit solch inflationäre Ausmaße annimmt?¹⁰ Warum meint man, der Aufstieg des Begriffes „Nachhaltigkeit“ sei geradezu nachhaltig? Am Begriff der Nachhaltigkeit als solchem kann es nicht liegen, wurde das Wort „nachhaltig“ als Adjektiv doch schon 1880 im Duden eingeführt.¹¹ Das dazugehörige Substantiv „Nachhaltigkeit“ folgte 35 Jahre

gien *A. Ingold*, Strategien und Leitbilder Nachhaltiger Entwicklung, in: W. Kahl (Hrsg.), Nachhaltigkeit durch Organisation und Verfahren, 2016, S. 117, passim.

⁶ So z. B. in § 1 Nr. 1 BWaldG, § 1 Abs. 2 ROG, § 1 Abs. 5 Satz 1 BauGB, § 1 WHG.

⁷ Vgl. hierzu die Forderung des Rates für Nachhaltige Entwicklung im Anschluss an das Gutachten von *J. Wieland*, Verfassungsranrang für Nachhaltigkeit, 2016, S. 38 ff., www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/migration/documents/20160603_Rechtsgutachten_Verfassungsranrang_fuer_Nachhaltigkeit.pdf; sowie bereits der in der 16. Legislaturperiode von über 100 Abgeordneten in den Bundestag eingebrachte „Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes zur Verankerung der Generationengerechtigkeit (Generationengerechtigkeitsgesetz)“, hierzu instruktiv *W. Kahl*, Staatsziel Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, DÖV 2009, S. 1 ff. Mit noch weitergehenden Vorschlägen zu einer „Nachhaltigkeitsverfassung“ *W. Kahl*, Nachhaltigkeitsverfassung, 2018, S. 53 ff. Das Land Hessen hat neuerdings als erstes Bundesland – per Volksentscheid – die Staatszielbestimmung „Nachhaltigkeit“ (Art. 26c HessVerf) in seine Landesverfassung aufgenommen.

⁸ So *M. Baumüller*, Schönen Gruß aus der Zukunft, APuZ 31–32/2014, S. 3 (3 f.); anders noch die Untersuchung bei *A. Glaser*, Nachhaltige Entwicklung und Demokratie, 2006, S. 45.

⁹ Vgl. *M. Baumüller*, Schönen Gruß aus der Zukunft, APuZ 31–32/2014, S. 3 (4); *H. Willke*, Governance-Kompetenzen als Vorbedingung für Nachhaltigkeit in der internationalen Entwicklungspolitik, in: P. Bruns (Hrsg.), Die Post 2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung, 2015, S. 55 (55).

¹⁰ Zu diesem Befund auch *I. Ebsen*, Nachhaltigkeit sozialer Sicherheit?, in: E. Eichenhofer (Hrsg.), Sozialrechtsgeltung in der Zeit, 2007, S. 79 (83); *W. Kahl*, Nachhaltigkeit im Lebensmittelrecht, in: M. Möstl (Hrsg.), Nachhaltigkeit und Ethik im Lebensmittelrecht, 2017, S. 45 (45 f.); *ders.*, Nachhaltigkeitsverfassung, 2018, S. 1; *F. Nolte*, Lokale Agenda 21 zwischen Wunsch und Wirklichkeit, 2006, S. 28; zur willkürlichen Verwendung des Begriffes der Nachhaltigkeit *M. Kopatz*, Über die Bedeutung der Verwaltungsmodernisierung für die zukunftsfähige Entwicklung der Städte und Gemeinden, in: *ders.* (Hrsg.), Reformziel Nachhaltigkeit, Kommunen als Mitgestalter einer nachhaltigen Entwicklung, 2003, S. 7 (8).

¹¹ www.duden.de/rechtschreibung/nachhaltig.

später nach.¹² Auch an einem mangelnden Kontext der Verwendung im allgemeinen Sprachgebrauch – steht Nachhaltigkeit hier doch vor allem für „dauerhaft“ und „langfristig“ und in Bezug zu ökologischer Ressourcenschonung¹³ – lässt sich aufgrund des Ursprungs des Begriffes in der Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts kaum zweifeln.¹⁴ Es kann nur an einem gesteigerten Bedürfnis der Bürger liegen. Ein Bedürfnis, das eben erst jetzt im Angesicht von Naturkatastrophen, schwindenden Naturressourcen, Artensterben, allgemeiner Umweltverschmutzung, aber auch überbordender Staatsverschuldung reift. Nun mag man meinen, dass es Wirtschafts- und Finanzkrisen, Naturkatastrophen etc. auch schon vor Jahrhunderten gegeben hat. Der entscheidende Unterschied dürfte jedoch in der den Menschen in der Neuzeit zur Verfügung stehenden Macht, dauerhaften Einfluss auf die Natur und damit auch auf künftige Generationen ausüben zu können, bestehen.¹⁵ Eine Errungenschaft der Menschheit, die erst durch neuzeitliche Technologien, sei es die Atomkraft, den massenhaften CO₂-Ausstoß durch Kohle- und Gaskraftwerke sowie durch Kraftfahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge oder die Verwendung von Kunstdünger infolge der Erkenntnisse um die Ammoniaksynthese, möglich geworden ist. Naturwissenschaftler sprechen deshalb schon von einem neuen geologischen Zeitalter, dem sog. Anthropozän, dem Menschen-Zeitalter.¹⁶ Insoweit zeigen sich Umwelt-

¹² www.duden.de/rechtschreibung/Nachhaltigkeit. Vgl. auch *W. Kahl*, Nachhaltigkeit im Lebensmittelrecht, in: M. Möstl (Hrsg.), *Nachhaltigkeit und Ethik im Lebensmittelrecht*, 2017, S. 45 (45).

¹³ Vgl. *F. Nolte*, *Lokale Agenda 21 zwischen Wunsch und Wirklichkeit*, 2006, S. 27 f.

¹⁴ Maßgebend hierfür ist die Abhandlung des kursächsischen Oberberghauptmanns *Hans Carl von Carlowitz* *Sylvicultura Oeconomica, oder haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht* aus dem Jahre 1713.

¹⁵ So ebenfalls *P. Badura*, Langzeitrisiko und Verfassung, in: P. Marburger/M. Reinhardt/M. Schröder (Hrsg.), *Die Bewältigung von Langzeitrisiken im Umwelt- und Technikrecht*, 1998, UTR 43 (1998), S. 43 (43); *D. Grimm*, Krisensymptome parlamentarischer Repräsentation, in: P. M. Huber/W. Mößle/M. Stock (Hrsg.), *Zur Lage der parlamentarischen Demokratie*, 1995, S. 3 (5); *P. Henseler*, Verfassungsrechtliche Aspekte zukunftsbelastender Parlamentsentscheidungen, AöR 108 (1983), S. 489 (489 ff.); *W. Kahl/A. Glaser*, Die Nachhaltigkeitsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie, in: K. Lange (Hrsg.), *Nachhaltigkeit im Recht*, 2003, S. 9 (12). Dahingehend auch das deutsche Brundtland-Kommissionsmitglied *Volker Hauff*, vgl. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, *Unsere gemeinsame Zukunft*, hrsg. v. V. Hauff, 1987, Vorwort, S. XI ff.

¹⁶ *World Wide Fund for Nature (WWF)*, *Living Planet Report 2016*, S. 7, www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publicationen-PDF/WWF-LivingPlanetReport-2016-Kurzfassung.pdf. Zur Begriffsprägung *P. Cruzen*, *Geology of mankind: The Anthropocene*, *Nature* 415, S. 23; dazu auch *J. Kersten*, *Ökologischer Liberalismus, Der anthropozäne Wandel der Welt*, EurUP 2016, S. 312 (313 ff.); *T. Kluge/E. Schramm*, *Das Anthropozän: Umweltpolitische Herausforderungen einer neuen Ära*, in: H. Leitschuh u. a., (Hrsg.), *Jahrbuch Ökologie 2016*, S. 55 ff.; *Sachver-*

schäden heutzutage nicht mehr nur als lokale Probleme, sondern überschreiten Grenzen, sowohl in räumlicher als auch in zeitlicher Dimension.

Gleichzeitig werden den Menschen erstmals die Folgen ihres Raubzuges an Mutter Erde direkt vor Augen geführt, sie gar mit einer etwaigen Überlebensfrage für die Menschheit konfrontiert. Dabei ist kaum ein Thema so präsent und anschaulich wie das der Klimaveränderung infolge der Erderwärmung, an dem sich letztlich auch der (internationale) Diskurs der Nachhaltigkeit entflammt;¹⁷ bildet die Klimaveränderung doch geradezu ein Musterbeispiel dafür, was die vielfach beschworene Wunderformel Nachhaltigkeit zu leisten imstande sein soll. Wird Nachhaltigkeit – entsprechend des Leitbildes der von der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21¹⁸ und mit der herrschenden Literaturlaufassung¹⁹ – weit, im Sinne des Drei-Säulen-Modells verstanden, so tangieren das Problem und dessen opportune Lösungsansätze sowohl die ökologische als auch die ökonomische und die soziale Dimension der Nachhaltigkeit.²⁰ Mehr noch: Der Klimawandel zeigt in herausragender Weise, dass Nachhaltigkeit nicht nur regional zu verwirklichen ist, sondern ein globales Denken und weltweite Anstrengungen erfordert sowie den Blick auch auf künftige Generationen werfen muss. Zentral geht es bei der Frage nach Nachhaltigkeit also um die Umsetzung des Gerechtigkeitspostulats sowohl in intragenerativer als auch in intergenerativer Perspektive oder anders ausgedrückt, um die Verwirklichung des Verantwortungsprinzips im Hinblick auf künftig wie auch heute lebende Menschen.²¹

ständigenrat für Umweltfragen (SRU), Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen – Zur Legitimation von Umweltpolitik, Sondergutachten, 2019, S. 46 ff.

¹⁷ Im Vordergrund stehen hierbei insbesondere die UN-Klimakonferenzen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und deren Übereinkommen zum Klimaschutz mit dem Ziel der Begrenzung der globalen Erderwärmung; wegweisend hierbei war das 1997 beschlossene Kyoto-Protokoll (BGBl 1993 II S. 1784), abrufbar unter <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpger.pdf> sowie dessen Nachfolger, das im Jahr 2015 beschlossene Übereinkommen von Paris, abrufbar unter <http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/109r01.pdf>.

¹⁸ Umfassend dazu *F. Nolte*, Lokale Agenda 21 zwischen Wunsch und Wirklichkeit, 2006, S. 21 ff.; *M. Ruffert*, Das Umweltvölkerrecht im Spiegel der Erklärung von Rio und der Agenda 21, ZUR 1993, S. 208 ff.; *K. Töpfer*, UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung, in: *G. Altner u. a.*, (Hrsg.), Jahrbuch Ökologie 1996, S. 96 ff.

¹⁹ Statt vieler *G. Beaucamp*, Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht, 2002, S. 20 ff.; *I. Appel*, Staatliche Zukunfts- und Entwicklungsvorsorge, 2006, S. 17; *W. Frenz*, Europäisches Umweltrecht, 1997, S. 2, 13 f.; *H. Rogall*, Akteure der nachhaltigen Entwicklung, Der ökologische Reformstau und seine Gründe, 2003, S. 26 f.; *R. Steinberg*, Der ökologische Verfassungsstaat, 1998, S. 112 ff.; *J. Wieland*, Verfassungsrang für Nachhaltigkeit, ZUR 2016, S. 473 (473).

²⁰ So auch *R. Schmidt/W. Kahl/K. F. Gärditz*, Umweltrecht, 9. Aufl., 2014, § 6, Rn. 11.

²¹ Vgl. *J. Kopfmüller*, Von der kulturellen Dimension nachhaltiger Entwicklung zur Kultur

Gleichzeitig drückt sich in der nahezu überbordenden Verwendung des Begriffes Nachhaltigkeit das menschliche Grundbedürfnis nach Sicherheit aus. Nachhaltigkeit – schon in dem von *Joachim Heinrich Campe* 1809 herausgegebenen „Wörterbuch der Deutschen Sprache“ – definiert als etwas, „woran man sich hält, wenn alles andere nicht mehr hält“,²² bildet figurativ den Gegenbegriff zum Kollaps.²³ Dauerhaftigkeit, Tragfähigkeit und Standhaftigkeit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Systeme bilden hierbei die Grundpfeiler unserer Gesellschaft, deren Zusammenbruch es als Gemeinschaftsaufgabe zu verhindern gilt. Zu spät ist es für nachhaltiges Handeln dabei keineswegs, gleichwohl zeigen sich aber auch die Unzulänglichkeiten und Schwachstellen der Realisierung des Nachhaltigkeitsgedankens.

II. Nachhaltigkeitsmängel

Als Nachhaltigkeitsmangel wird von der Literatur bisweilen die von den politischen Akteuren eingenommene Kurzzeitperspektive angeführt.²⁴ Das Be-

nachhaltiger Entwicklung, in: O. Parodi/G. Banse/A. Schaffer (Hrsg.), Wechselspiele: Kultur und Nachhaltigkeit, S. 43 (44); dazu auch *W. Kahl*, Einleitung: Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, in: ders. (Hrsg.), Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, 2008, S. 1 (33).

²² *J. H. Campe*, Wörterbuch der Deutschen Sprache, 3. Teil, 1809.

²³ *U. Grober*, Die Entdeckung der Nachhaltigkeit, Kulturgeschichte eines Begriffs, 2013, S. 14.

²⁴ So *H. H. v. Arnim*, Das System, 2001, S. 44 f.; *C. B. Blankart*, Öffentliche Finanzen in der Demokratie, 9. Aufl., 2017, S. 92 ff.; *U. Di Fabio*, Wechsel auf die Zukunft: Rechte künftiger Generationen, 2010, S. 13 f.; *R. Eichenberger*, Direkte Demokratie ist besser – auch bei Haushaltsentscheidungen, in: T. Mörschel/M. Efler (Hrsg.), Direkte Demokratie auf Bundesebene, 2013, S. 113 (124 f.); *E. Göll*, Nachhaltigkeit als Herausforderung für die Parlamente, ZParl 2004, S. 68 (73); *W. Kahl*, Nachhaltigkeit und Institutionen – eine rechtswissenschaftliche Perspektive, in: ders. (Hrsg.), Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, 2008, S. 267 (276 ff.); *J. Kersten*, Nachhaltigkeit und Parteiendemokratie, in: W. Kahl (Hrsg.), Nachhaltigkeit durch Organisation und Verfahren, 2016, S. 177 (177); *M. Kloepfer*, in: W. Kahl/C. Waldhoff/C. Walter (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Stand: Juni 2020, Art. 20a, Rn. 115; *W. Leisner*, Demokratie, 1998, S. 612 f.; *M. Martini*, Wenn das Volk (mit)entscheidet..., 2011, S. 45 f.; *H.-H. Rupp*, Politische Anforderungen an eine zeitgemäße Gesetzgebungslehre, in: W. Schreckenberger (Hrsg.), Gesetzgebungslehre, 1986, S. 42 (48 f.); *R. Schmidt*, Ethik, Recht und Umweltschutz in der Demokratie, in: J. Isensee/H. Lecheler (Hrsg.), Freiheit und Eigentum, Festschrift für Walter Leisner, 1999, S. 437 (444 f.); *ders.*, Institutionen und Instrumente zur Sicherung von Nachhaltigkeit, in: S. Breitenmoser u. a. (Hrsg.), Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat, Liber amicorum Luzius Wildhaber, 2007, S. 1085 (1088, 1101); *W. Schmitt Glaeser*, Die Abhängigkeit der Politiker als Funktionsmangel der Demokratie, ZRP 2006, S. 10 (12); *ders.*, Systemkrise, Funktioniert unsere Demokratie noch?, MUT 12/2004, S. 6 (10); *H. Schulze-Fielitz*, Theorie und Praxis parlamentarischer Gesetzgebung, 1988,

mühen um die Wählergunst im legislaturperiodischen Abstand und damit die Orientierung der Politiker an Machterhalt und Einflussnahme, gehe demnach oftmals Hand in Hand mit der Verteilung von „Wählergeschenken“, ohne dabei die nicht minder gewichtigen Belange zukünftig Lebender zu berücksichtigen, die freilich über keine Artikulationsmöglichkeiten oder gar Wählerstimmen verfügen.²⁵ Die Präferenz des kurzfristigen, tagespolitischen Erfolgs anstatt der langfristigen, generationengerechten Weitsicht, habe ihren Ursprung dabei in den vielfältigen Formen der Eigendynamik, die der politische Prozess innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens entfaltet,²⁶ worauf schon *Alexis de Tocqueville* hinwies.²⁷ Noch deutlicher wird *Manfred G. Schmidt*, demzufolge

„die Verschiebung [der Zukunftsvorsorge] auf spätere Generationen bequem ist, den Machterwerb und Machterhalt hier und heute begünstigt und obendrein politisch einfach zu bewerkstelligen ist, weil die Lasten abgewälzt werden können, ohne auf Gegenwehr zu stoßen.“²⁸

Die Schwäche des freien Mandats in der Parteiendemokratie verstärke den Effekt der Kurzzeitperspektive überdies, da der einzelne Abgeordnete derart stark in die Parteien- und Fraktionsstrukturen eingebunden sei, dass lediglich einige wenige Personen die Geschicke des Landes bestimmten.²⁹ „Der vor der Nation aus-

S. 395 f.; *M. G. Schmidt*, Sind Demokratien zukunftsfähig? Befunde des internationalen Vergleichs, in: A. Kaiser/T. Zittel (Hrsg.), *Demokratietheorie und Demokratieentwicklung*, Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, 2004, S. 377 (377 ff.); *ders.*, Die Zukunft der Demokratie, ZParl 2006, S. 812 (818); *M. Wallerath*, Der Sozialstaat in der Krise, JZ 2004, S. 949 (949 f.); *T. Würtenberger*, Verfassungsrecht im Wettbewerb, in: H. Bauer/D. Czybulka/W. Kahl/A. Voßkuhle (Hrsg.), *Wirtschaft im offenen Verfassungsstaat*, Festschrift für Reiner Schmidt, 2006, S. 645 (657); *M. Wrase*, Direkte Demokratie und Nachhaltigkeit – ein Beitrag aus verfassungsrechtlicher Perspektive, in: L. P. Feld u. a. (Hrsg.), *Jahrbuch für direkte Demokratie* 2011, S. 103 (115 f.); *H. F. Zacher*, Das soziale Staatsziel, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. II, 3. Aufl., 2004, § 28, Rn. 105.

²⁵ *W. Kahl/A. Glaser*, Die Nachhaltigkeitsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie, in: K. Lange (Hrsg.), *Nachhaltigkeit im Recht*, 2003, S. 9 (10 ff.); *W. Kahl*, Nachhaltigkeit und Institutionen – eine rechtswissenschaftliche Perspektive, in: *ders.* (Hrsg.), *Nachhaltigkeit als Verbundbegriff*, 2008, S. 267 (280); ebenso *Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)*, *Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen – Zur Legitimation von Umweltpolitik*, Sondergutachten, 2019, S. 143, 179 f.; einschränkend *H. A. Wolff*, Die Nachhaltigkeit der politischen Ordnung unter dem Grundgesetz, BayVBl. 2015, S. 397 (400 f.).

²⁶ *H. Schulze-Fielitz*, *Theorie und Praxis parlamentarischer Gesetzgebung*, 1988, S. 395; *A. Steinbach*, *Rationale Gesetzgebung*, 2017, S. 205 ff.

²⁷ *A. de Tocqueville*, *De la démocratie en Amérique*, 1835/1840, zitiert nach der deutschen Übersetzung *Über die Demokratie in Amerika*, 1976, S. 258.

²⁸ *M. G. Schmidt*, Die Zukunft der Demokratie, ZParl 2006, S. 812 (819).

²⁹ *So M. Brenner*, Das Prinzip Parlamentarismus, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. III, 3. Aufl., 2005, § 44, Rn. 57 ff.; *W. Schmitt Glaeser*, Die Abhängigkeit der Politiker als Funktionsmangel der Demokratie, ZRP 2006, S. 10 (10 ff.).

getragene Wettkampf der Argumente findet daher kaum mehr statt, sondern wird durch den Streit zwischen den Parteien überlagert.³⁰ Ein Ringen um die „richtige Politik“, verstanden als dialektisches Verfahren der im Volk umlaufenden Meinungen und Überzeugungen sowie deren öffentliche Diskussion als dem ursprünglichen Sinn des Parlamentarismus, werde dabei immer seltener.³¹ *Reiner Schmidt* spricht gar von einem neuen „Führerprinzip“, das sich im Parlament breit macht, wonach sich Parteispitzen formieren und der Rest der Volksvertreter in der Bedeutungslosigkeit versinkt.³²

Ob man diesen Befund teilen mag oder nicht, die globalen, nationalen und auch regionalen Nachhaltigkeitsdefizite sind unübersehbar. Daran können auch die vielen vorhandenen Nachhaltigkeitsinstitutionen auf Parlaments- wie auch Regierungsebene nichts ändern.³³ Nicht nur die schiere „Räteflut“ – zu nennen ist beispielsweise für die Regierungsebene der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU), der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, der Rat für Nachhaltige Entwicklung³⁴ sowie auf Parlamentsebene der parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung und die vielen Nachhaltigkeitsreferate in den Ministerien –, die der Außenwahrnehmung nachteilig ist, sondern vor allem auch die fehlende Durchsetzungskraft aufgrund mangelnder Kompetenzen, führen im Ergebnis zu keiner wirklichen Verbesserung der Nachhaltigkeitsbilanz.³⁵

III. Lösungsansätze zur Behebung der Nachhaltigkeitsmängel

Umso dringlicher stellt sich die Frage, wie Langfristinteressen auch nachfolgender Generationen gesichert werden können. Ansätze dafür hat die Wissen-

³⁰ So *M. Brenner*, Das Prinzip Parlamentarismus, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III, 3. Aufl., 2005, § 44, Rn. 58.

³¹ Vgl. *M. Brenner*, Das Prinzip Parlamentarismus, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III, 3. Aufl., 2005, § 44, Rn. 58; *E. Forsthoff*, Der Staat der Industriegesellschaft, 1971, S. 103.

³² *R. Schmidt*, Ethik, Recht und Umweltschutz in der Demokratie, in: J. Isensee/H. Lecheler (Hrsg.), Freiheit und Eigentum, Festschrift für Walter Leisner, 1999, S. 437 (444 f.); zur Übermacht der Parteien auch *S. Marschall*, Parlamentarismus, 3. Aufl., 2018, S. 76 f.

³³ Instruktiv *W. Kahl*, Nachhaltigkeit und Institutionen – eine rechtswissenschaftliche Perspektive, in: ders. (Hrsg.), Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, 2008, S. 267 (268 ff.).

³⁴ Einen detaillierten Vorschlag für einen schlagkräftigen und dennoch verfassungskonformen Nachhaltigkeitsrat unterbreitend *W. Kahl*, Nachhaltigkeitsverfassung, 2018, S. 105 ff.

³⁵ Vgl. auch *W. Kahl*, Nachhaltigkeit und Institutionen – eine rechtswissenschaftliche Perspektive, in: ders. (Hrsg.), Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, 2008, S. 267 (275 f.). Zum Befund einer mangelhaften strategischen Nachhaltigkeitspolitik umfassend *B. Bornemann*, Policy-Integration und Nachhaltigkeit, 2. Aufl., 2014, S. 425 ff.

schaft längst entwickelt. Diese reichen von systemimmanenten/-modifizierenden Reformansätzen bis zu strukturergänzenden Strategien.³⁶

Als „sanfte Therapie zur Revitalisierung“ der parlamentarischen Demokratie wird unter anderem vorgeschlagen,

„der sich ausdehnenden verbändestaatlichen und neokorporatistischen Entwicklungstendenzen, welche durch die stetig wachsende Zahl an Räten, Kommissionen und Sachverständigen-gremien immer weiter zunimmt, entgegenzuwirken.“³⁷

Ziel ist es, die darin repräsentierten Partikularinteressen aufzulösen, zumindest jedoch zu verringern und damit „die durch den Korporatismus geförderte Neigung zur Beharrung und Besitzstandswahrung zu unterdrücken.“³⁸ Als weitere Abhilfemaßnahmen, um die Langzeitverantwortlichkeit der Parlamentarier zu erhöhen, wird empfohlen, die Legislaturperiode auf fünf Jahre zu verlängern³⁹ und die Wiederwahl von Abgeordneten zu begrenzen respektive auszuschließen,⁴⁰ um dadurch das Verständnis des Mandats und die Funktion des Parlaments zu verändern bzw. seinem ursprünglichen Sinn wieder zuzuführen. Mit Blick auf die Eindämmung des Machterhalts wird sodann auch eine Begrenzung der Wiederwahlmöglichkeit für den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin gefordert.⁴¹ Auch soll die Einführung eines Familien- oder Kinderwahlrechts, indem sich Eltern als Sachwalter der künftigen Generationen verhalten, die „Rentnerpolitik“ eindämmen, da Ruheständler dann proportional zu den unter 18-Jährigen an Stimmgewicht verlieren würden.⁴² Um die partei-

³⁶ Die vorwiegend diskutierten Ansätze darstellend und bewertend *H. A. Wolff*, Die Nachhaltigkeit der politischen Ordnung unter dem Grundgesetz, BayVBl. 2015, S. 397 (401 f.).

³⁷ *H.-J. Papier*, Steuerungs- und Reformfähigkeit des Staates, in: R. Mellinghoff/ G. Morgenthaler/T. Puhl (Hrsg.), Die Erneuerung des Verfassungsstaates, 2003, S. 103 (113 ff.).

³⁸ *H.-J. Papier*, Steuerungs- und Reformfähigkeit des Staates, in: R. Mellinghoff/ G. Morgenthaler/T. Puhl (Hrsg.), Die Erneuerung des Verfassungsstaates, 2003, S. 103 (118).

³⁹ Befürwortend *H. Kube*, Zehn Thesen für Demokratie und Reformfähigkeit in Deutschland, ZRP 2004, S. 52 (53); *W. Kahl*, Nachhaltigkeit und Institutionen – eine rechtswissenschaftliche Perspektive, in: ders. (Hrsg.), Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, 2008, S. 267 (285 f.); kritisch *K. Mathis*, Nachhaltige Entwicklung und Generationengerechtigkeit, 2017, S. 614 f.; ablehnend *H. A. Wolff*, Die Nachhaltigkeit der politischen Ordnung unter dem Grundgesetz, BayVBl. 2015, S. 397 (401).

⁴⁰ Zustimmend *W. Schmitt Glaeser*, Die Abhängigkeit der Politiker als Funktionsmangel der Demokratie, ZRP 2006, S. 10 (13 f.).

⁴¹ So *A. Thiele*, Verlustdemokratie, 2016, S. 277 ff.

⁴² Befürwortend *H. Hattenhauer*, Über das Minderjährigenwahlrecht, JZ 1996, S. 9 (11); *K. Löw*, Kinder und Wahlrecht, ZRP 2002, S. 448 (448 ff.); *F. Reimer*, Nachhaltigkeit durch Wahlrecht? Verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen eines „Wahlrechts von Geburt an“, ZParl 2004, S. 322 (322 ff.); kritisch dazu *H. A. Wolff*, Die Nachhaltigkeit der politischen Ordnung unter dem Grundgesetz, BayVBl. 2015, S. 397 (401).

internen Gesetzlichkeiten zu reduzieren, wird angeregt, die Parteien zu mehr Transparenz bei der Aufstellung der Wahlkreiskandidaten zu verpflichten⁴³ respektive sogar die Durchgriffsgewalt der Parteispitzen auf die Kandidatenaufstellung zu beschränken und stattdessen die Basis der Parteimitglieder über die Listenplätze entscheiden zu lassen.⁴⁴ Dies würde das parteipolitische „Inzuchtverfahren“⁴⁵ sowie die Wirkung der Fraktionsdisziplin eindämmen.

Andere Stimmen lancieren hingegen tiefgreifendere systemergänzende bzw. systemreformierende Ansätze. Neben einer Veränderung des bisher bestehenden Verhältniswahlrechts in Richtung auf ein Mehrheitswahlrecht – verbunden mit einer Konsolidierung der Persönlichkeitswahl –⁴⁶ treten einige für die Stärkung von Expertise im Rahmen gesetzgeberischer Entscheidungsprozesse ein.⁴⁷ Möglich machen soll dies die Einführung eines Ökologischen Rates bzw. eines Nachhaltigkeitsrates.⁴⁸

⁴³ Dafür *H. Kube*, Zehn Thesen für Demokratie und Reformfähigkeit in Deutschland, ZRP 2004, S. 52 (54).

⁴⁴ So *W. Schmitt Glaeser*, Die Abhängigkeit der Politiker als Funktionsmangel der Demokratie, ZRP 2006, S. 10 (14).

⁴⁵ So *W. Schmitt Glaeser*, Die Abhängigkeit der Politiker als Funktionsmangel der Demokratie, ZRP 2006, S. 10 (14).

⁴⁶ So *H.-J. Papier*, Steuerungs- und Reformfähigkeit des Staates, in: R. Mellinshoff/G. Morgenthaler/T. Puhl (Hrsg.), Die Erneuerung des Verfassungsstaates, 2003, S. 103 (113).

⁴⁷ Befürwortend *R. Schmidt*, Ethik, Recht und Umweltschutz in der Demokratie, in: J. Isensee/H. Lecheler (Hrsg.), Freiheit und Eigentum, Festschrift für Walter Leisner, 1999, S. 437 (445 f.).

⁴⁸ So beispielsweise *G. Beaucamp*, Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht, 2002, S. 205 ff.; *C. Calliess*, Rechtsstaat und Umweltstaat, 2001, S. 515 ff.; *ders.*, Nachhaltigkeitsräte – Stand und Perspektiven, in: W. Kahl (Hrsg.), Nachhaltigkeit durch Organisation und Verfahren, 2016, S. 275 (293 ff.); *W. Kahl*, Nachhaltigkeitsverfassung, 2018, S. 105 ff.; *J. Rux*, Intertemporale Strukturprobleme der Demokratie: Die Öko-Diktatur als Ausweg?, in: M. Bertschi u. a. (Hrsg.), Demokratie und Freiheit, 1999, S. 301 (323 ff.); *ders.*, Der Ökologische Rat – Ein Vorschlag zur Änderung des Grundgesetzes, in: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.), Handbuch Generationengerechtigkeit, 2. Aufl., 2003, S. 471 (473 ff.); *T. Stein*, Warum wir einen ökologischen Rat brauchen, in: B. Guggenberger/A. Meier (Hrsg.), Der Souverän auf der Nebenbühne, 1994, S. 255 (258 ff.); kritisch dazu *A. Hurrelmann*, Verfassung und ökologische Krise: Verfassungstheoretische Lösungsansätze für Umweltprobleme, 2000, S. 92 f.; *J. Tremmel*, Institutionelle Verankerung der Rechte nachrückender Generationen, ZRP 2004, S. 44 (46). So jüngst auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), der sich für einen „Rat für Generationengerechtigkeit“ ausspricht, vgl. *Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)*, Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen – Zur Legitimation von Umweltpolitik, Sondergutachten, 2019, S. 179 ff.

IV. Ziel und Gang der Untersuchung

Ein noch weitergehendes institutionelles Verfahren zur Stärkung der Nachhaltigkeit würde durch die Einführung direkt demokratischer Elemente auf Bundesebene geschaffen werden können.⁴⁹ Diesbezüglich gibt es gleichsam Befürworter wie auch Gegner. Die Beförderung von Partikularinteressen verbunden mit der „Prämie für jeden Demagogen“⁵⁰ unter den Eindrücken der – angeblich – schlechten Erfahrungen der Weimarer Republik wird dabei ebenso als Gegenargument angeführt wie der scheinbare Wertewandel weg von der Gemein-sinnorientierung und kollektiver Verantwortungsübernahme hin zu hedonistischer Selbstentfaltungsorientierung und der Verfolgung egozentrischer Eigeninteressen.⁵¹

⁴⁹ So beispielsweise A. Glaser, Nachhaltigkeit und Sozialstaat, in: W. Kahl (Hrsg.), Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, 2008, S. 620 (644 ff.); W. Kahl, Nachhaltigkeit und Institutionen – eine rechtswissenschaftliche Perspektive, in: ders. (Hrsg.), Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, 2008, S. 267 (289 ff.); R. Schmidt, Institutionen und Instrumente zur Sicherung von Nachhaltigkeit, in: S. Breitenmoser u. a. (Hrsg.), Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat, Liber amicorum Luzius Wildhaber, 2007, S. 1085 (1099); M. Wrase, Direkte Demokratie und Nachhaltigkeit – ein Beitrag aus verfassungsrechtlicher Perspektive, in: L. P. Feld u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2011, S. 103 (117).

⁵⁰ So T. Heuss, Rede vor dem Parlamentarischen Rat in der 3. Sitzung vom 9.9.1948, abgedruckt in: E. W. Becker (Hrsg.), Theodor Heuss: Vater der Verfassung, Zwei Reden im Parlamentarischen Rat über das Grundgesetz 1948/49, 2009, S. 63; ebenso P. Krause, Verfassungsrechtliche Möglichkeiten unmittelbarer Demokratie, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III, 3. Aufl., 2005, § 35, Rn. 48; P. Kirchhof, Der demokratische Rechtsstaat – Die Staatsform der Zugehörigen, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. IX, 1997, § 221, Rn. 48; jetzt nicht mehr so kritisch ders., Der Bürger in Zugehörigkeit und Verantwortung, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. XII, 3. Aufl., 2014, § 283, Rn. 118 ff.

⁵¹ So F. Decker, Direktdemokratische Verfahren im Regierungssystem und in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, in: T. Mörschel/M. Efler (Hrsg.), Direkte Demokratie auf Bundesebene, 2013, S. 11, passim; F. Ekardt, Theorie der Nachhaltigkeit, 2. Aufl., 2016, S. 122 ff.; M. Greiffenhagen, Politische Legitimität in Deutschland, 1997, S. 290 ff.; G. F. Hepp, Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement – Perspektiven für die politische Bildung, APuZ B 29/2001, S. 31 (34 ff.); ders., Wertewandel und Bürgergesellschaft, APuZ B 52–53/1996, S. 3 (5 ff.); M. Kloepfer, Die Notwendigkeit einer nachhaltigkeitsfähigen Demokratie, GAIA 1992, S. 253 (255); D. Merten, Bürgerverantwortung im demokratischen Verfassungsstaat, VVDStRL 55 (1996), S. 7 (41 ff.); P. Krause, Verfassungsrechtliche Möglichkeiten unmittelbarer Demokratie, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III, 3. Aufl., 2005, § 35, Rn. 48; O. Lepsius, Die erkenntnistheoretische Notwendigkeit des Parlamentarismus, in: M. Bertschi u. a. (Hrsg.), Demokratie und Freiheit, 1999, S. 123 (149 ff.); ders., Nachhaltigkeit und Parlament, in: W. Kahl (Hrsg.), Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, 2008, S. 326 (344).

Sachregister

- Abänderbarkeit 287, 329 ff., 354
Abgeordnete 6 ff., 148, 168, 177, 292, 309, 339 f., 344
Abstimmungsbeteiligung 95, 102, 139, 150, 160, 192, 201, 206, 209, 211, 216, 218, 221, 224, 225, 227, 236 f., 346 f.
Abstimmungsbüchlein, *siehe* Information, Informationsbroschüre
Abstimmungskampf 281, 316, 334, 356, 358, 360, 377
Abstimmungsmüdigkeit 338
Abstimmungsneutralität 321
Abstimmungstermin 150, 224, 244, 260, 346
Abwägung 23 ff., 38 ff., 45, 54, 65 ff., 69 ff., 78 ff., 107 ff., 184, 195, 247 ff., 320
Akzeptanzfunktion 134, 195, 244, 251, 275
Allgemeine Anregung 327, 329, 332 f.
Alpenplan 196 ff.
Altruismus
– genetisch 265 f.
– nepotistisch 263 ff., 377
– prosoziales Verhalten 256 f., 259 ff., 266
– reziprok 261 ff., 377
Ansiedlung eines Supermarktes 225 f.
Anthropozän 3, 78, 373, 379
Antragsverfahren 93, 167, 316 ff., 323, 336 ff., 357, 361, 365
Anwendungshäufigkeit 103, 146, 183, 310, 335
Art. 20a GG 56 f., 77
Art. 20b GG 2, 52, 259, 268, 374
Auslösungsfall 300

Bau des „Ocean-Parks“ 205 ff.
Bau einer Seilbahn über die Elbe 208 ff.
Bau einer Skischaukel am Riedberger Horn 196 ff., 243, 254, 375

Bebauung des Kyritzer Klostergartens 203 ff.
Befriedigungsfunktion, *siehe* Akzeptanzfunktion
Begründungspflicht 80
Beratungsmöglichkeit 147, 176, 312, 328
Berlin braucht Tegel 138 ff., 184, 254 f.
Bestandskraft 334, 337, 340, 343 f.
Bestimmtheitsgrundsatz 326
Beteiligungsquorum, *siehe* Quorum
Bewertungszeitpunkt 75 f.
Bindungswirkung 100, 103, 125, 349 ff., 351 ff.
Brundtland-Bericht 1, 12, 17, 22, 39
Budgetrecht 112 ff., 190 f., 309 ff., 378
Bundespräsident 356
Bundesrat 176, 290 ff., 322
Bundesverfassungsgericht 64, 80, 311, 318, 327, 362 ff.
Bürgerantrag, *siehe* Massenpetition
Bürgerbegehren 96 ff., 101 ff., 189, 191, 249 f.
Bürgerbeteiligung, *siehe* Bürgerbegehren, Bürgerentscheid
Bürgerentscheid 97 f., 101 ff., 195, 243, 245, 354

Club of Rome 17

Demografie, *siehe* gesellschaftliche Überalterung
Demokratie
– direkte, *siehe* direkte Demokratie
– halbdirekte 290, 377
– Herrschaft auf Zeit 59
– Historie 83 ff.
– Konkordanzdemokratie 301

- mittelbare, *siehe* Demokratie, parlamentarische
- parlamentarische 7 f., 12, 88 f., 91, 106, 111 f., 120, 125, 273, 275 f., 281, 283, 288 ff., 296 f., 300, 303 ff., 308, 310, 332 ff., 344, 347 ff., 352, 354 f., 371, 377
- repräsentative, *siehe* Demokratie, parlamentarische
- Demokratische Legitimation 75, 128 f., 285 ff.
- Diffusion der Verantwortung 256 ff.
- Direkte Demokratie
 - Ausgestaltung 182 f., 243 f., 251, 261, 271, 277 ff., 284, 296 ff., 304, 321, 326 f., 356, 377
 - Begriff 83 ff., 90
 - Einführung 10, 13, 85, 111, 271 ff. 281 ff., 370 f., 379
 - Sprachgebrauch, *siehe* direkte Demokratie, Begriff
 - Volkssouveränität 87, 283
 - Volksherrschaft 83, 87, 89, 108
- Diskontierung 44 f.
- Dresdner Waldschlösschenbrücke 226 ff., 355

- Einleitung
 - dreistufig 92 f., 147, 156, 315 f.
 - zweistufig 92, 96, 126, 136, 147, 167, 315 f., 330, 363
- Einschätzungsprärogative 64, 66 f., 134, 152, 155, 220, 232, 327, 337, 374
- Einstweilige Anordnung 351
- Einwohnerinitiative, *siehe* Petition
- Enquete-Kommission 19, 85, 145, 174
- Entemotionalisierung 315, 347
- Entscheidungsspielraum, *siehe* Einschätzungsprärogative
- Ermessen 67 ff., 77, 233
- EU-Recht 50, 125, 366
- Evidenz 47, 55 ff., 64 f., 77 f., 81, 143 f., 164, 186, 195, 220, 375
- Existenzminimum 33, 58

- Familien-solidarität, *siehe* Altruismus, nepotistisch
- Finanzierung 96, 151, 159 f., 168, 170, 356 ff., 361 f.
- Finanzvorbehalt, *siehe* Haushaltsvorbehalt
- Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt 170 ff., 183
- Für/Gegen die Aufstellung von Windkraftanlagen 212 ff.
- Für Olympia-Bewerbung Hamburgs 2024 153 ff.
- Für Wiedereinführung Buß- und Bettag 179 ff.
- Fraktionsdisziplin 9
- Freibadschließung 234 ff.

- Gegenvorlage 333, 343 f., 363 ff.
- Gemeinwohl 58 f., 77, 185, 356
- Gemeinwohl Druck 185, 244, 251, 376
- Generationengerechtigkeit, *siehe* Gerechtigkeit
- Generationenvertrag 36
- Gerechtigkeit
 - intergenerationelle 25, 33, 42 ff., 56, 78, 132
 - intragenerationelle 25, 42 ff.
- Gesellschaftliche Überalterung 243, 263, 375
- Gesetzesinitiativrecht 91, 184
- Gesetzgeber
 - einfacher 12, 57 ff., 79 ff., 111, 117 ff., 125, 282 f., 352, 361
 - verfassungsändernder 86, 116, 301, 314, 358, 379
- Gestaltungsspielraum 69, 72
- Gewaltenteilung 77, 296, 306
- Gibbsches Dreieck, *siehe* Nachhaltigkeitsdreieck
- Gleichrangigkeit 245, 255, 352, 378
- Grundcharakter, *siehe* Kerngehalt
- Grundrechte 61 ff., 77, 306
- Grundsatzfragen 304 ff.
- Gubernative 296, 303, 306

- Hafenneubau 215 ff., 254
- Haushaltsgesetz 61, 115 ff., 124, 167, 176, 310 ff.
- Haushaltssatzung 61, 188 ff.
- Haushaltsplan 114 ff., 311 ff.
- Haushaltsvorbehalt 112 ff., 123 f., 187 ff., 289, 308 ff.
- Herrschaft auf Zeit 59

- Homo oeconomicus 11, 265, 377
Homo sustinens 11, 266, 377
- Information
– Informationsbroschüre 102, 128, 150, 160, 169, 178, 322 f., 361, 378
– Informationsheft, *siehe* Information, Informationsbroschüre
– Informationspflicht 244, 320 ff.
– Informationstätigkeit 151, 159, 321 ff.
- Innovationsfunktion 184, 244, 251, 332, 376
Interorganatreue 138, 160
- Judikative 306, 351
- Kerngehalt 32, 148 f., 331 f., 365, 378
Klimawandel 4, 200, 215
Kollektive Intelligenz, *siehe* Schwarmintelligenz
Kommunikation(sprozess) 316, 320, 323
Kompetenz
– Organ 98, 135, 147, 306
– Verband 98, 125, 280, 293, 296, 306, 325
Komplexität 52 ff., 75, 77, 79, 277
Konkordanzdemokratie 301
Konkurrenzvorlage, *siehe* Gegenvorlage
Kontrolldichte 362
Kontrolle
– präventive 361 ff.
– retrospektive 362, 365 ff.
- Kontrollfunktion, *siehe* Oppositionsfunktion
Koppelungsverbot 313
Korrektiv 120, 303
Kostendeckungsvorschlag 97, 147, 189, 312 ff., 328, 378
Kostenerstattung, *siehe* Finanzierung
Kreationsfunktion 178, 274, 333
Künftige Generationen 3 f., 6, 30, 39, 42 ff., 58, 61, 63 f., 77, 256 f., 259 f., 267, 374
- Kultur
– Begriff 34 ff., 185, 258 f., 266, 305
– Kultur der Nachhaltigkeit 266 ff., 277, 281, 297, 305, 336, 342, 371, 377
- Kurzzeitperspektive 5, 6, 280, 303
- Landaufschüttung in Helgoland 236 ff., 243, 254, 375
Landesgartenschau 2018 218 ff.
- Legislaturperiode, *siehe* Wahlperiode
Legitimität 137, 185, 275, 285, 287, 298, 346, 371
Leitplanken, *siehe* Evidenz
Lernprozess 60, 266
Lissabon-Urteil 59
Lobbyismus 358, 373
- Machterhalt 6, 8
Massenpetition 91 f., 147, 167, 175
Medien- und Dienstleistungsviertel
„Mediaspree“ 201 ff.
Medienzugang 323 ff.
Mehrheit 95, 102, 106, 275, 285, 287, 293, 343, 379
Mehrheitsprinzip 125, 284, 286, 336
Minderheit(sherrschaft) 130, 275, 285, 287, 343, 350
Missbrauchsinstrument 343
- Nachhaltige Entwicklung, *siehe* Nachhaltigkeit
Nachhaltigkeit
– affin 250, 253, 370 f.
– aversiv 247, 250, 252, 258, 342, 375
– Bilanz 7
– dreidimensionale 22 ff., 26 f., 51, 78, 373
– Drei-Säulen-Konzept 12
– eindimensionale 12, 18 ff., 26 f., 51, 78
– finanzielle, *siehe* Nachhaltigkeit, ökonomische
– formeller Effekt, *siehe* Nachhaltigkeit, mittelbarer Effekt
– integrative 20 ff., 26, 36, 78
– Institutionen 7
– Kritik 52 ff., 65 ff., 329, 374
– materielle 74, 81, 184
– Metakritik 52 ff.
– mittelbarer Effekt 108, 184, 195, 244, 251, 336
– Modewort 52, 77, 373
– Relevanz 83, 91, 107 ff., 124, 300, 304, 311, 374 f.
– ökologische 4, 20, 22 f., 26 ff., 37 f., 43, 51, 55, 67, 74, 77 f., 107 ff., 142, 196, 245 ff., 346, 373
– ökonomische 20, 29 ff., 74, 77, 107 ff., 124, 232, 234, 245 ff., 309, 346, 376

- Rechtsprinzip 47 ff., 78, 220
- räumliche Dimension 25, 32, 41 f.
- schwache 39 ff.
- soziale 4, 20 ff., 32 ff., 78, 245 ff., 255, 373, 375
- Sprachgebrauch 3, 15 ff.
- starke 39 ff.
- Strategie 8, 42, 53
- Umsetzung(sdefizit) 7, 214, 373
- Unbestimmtheit 54, 65
- Nachhaltigkeitsbegriff
 - eng 18 ff.
 - weit 21 ff.
 - temporaler Verbundbegriff 25, 43
- Nachhaltigkeitsdefizit, *siehe* Nachhaltigkeitsfehler(lehre)
- Nachhaltigkeitsdisproportionalität, *siehe* Nachhaltigkeitsfehler(lehre)
- Nachhaltigkeitsdreieck 24, 27, 245, 247
- Nachhaltigkeitsfähigkeit (des Volkes) 278 f., 376
- Nachhaltigkeitsfehler(lehre) 72 ff., 81, 134, 143 f., 155, 164, 182, 186, 195, 200, 203, 205 f., 215, 217, 232, 239, 242 f., 245 ff., 251, 374 f.
- Nachhaltigkeitsrat 9, 374
- Nachhaltigkeitsstaat 374, 377
- Nachhaltigkeitsverfassung 374
- Nationalpark Siebengebirge 221 ff., 243, 375
- Natürliche Lebensgrundlage 26 f., 42, 45, 56 f.
- Negativkatalog 99, 307 ff.
- Neue Medien 176, 317 ff., 323, 337, 365
- Nimby-Effekt, *siehe* Sankt-Florians-Prinzip
- Norm der sozialen Verantwortung 258 ff., 281, 307, 321, 377
- Normenkontrolle 151, 366
- Ökologischer Rat 9
- Oppositionsfunktion 174, 184 f., 244, 251, 274, 301, 376
- Optimierungsgebot 48, 54, 72 f., 374
- Organtreue 350
- Parlament, *siehe* Demokratie, parlamentarische
- Parlamentarische Beratung 168, 332 ff.
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung 7, 323
- Parlamentsangelegenheiten 308 ff.
- Parlamentsgesetz(gebung) 105, 129, 138, 151, 165, 326 f., 332, 354 f., 377 f.
- Parteien 6 f., 9, 186, 273 f., 281, 300, 317, 322 ff., 337, 360, 379
- Partikularinteressen(verfolgung) 8, 10, 174, 182 f., 211, 247 ff., 278, 281, 288, 316, 335 ff., 359, 376 ff.
- Partizipation 123, 272, 280
- Petition 91 f., 146, 315
- Planerische Abwägung 67, 69 ff., 72 ff., 78
- Plebispobie 86, 134
- Plebiszit, *siehe* Volksbegehren, Volksscheid
- Politikverdrossenheit 146, 273, 281, 290
- Pouvoir Constituant 63, 352, 378
- Pouvoir Constitué 353, 378
- Präferenz-Vernachlässigungs-Abweichung 246 ff., 376
- Praktische Konkordanz 208, 235, 308, 376
- Prognose(spielraum), *siehe* Einschätzungsprärogative
- Prohibitive Wirkung 102, 147, 183, 260, 268, 281, 287, 336, 338, 340, 342, 356, 358, 367, 377
- Pro kommunale Sparkassen 160 ff., 183 f.
- Quorum 84, 95, 97, 102, 129, 137, 140, 150, 159, 164, 168, 171, 179, 181, 285 ff., 301, 334 ff., 361, 376, 378
- Rangverhältnis 129, 169, 351 ff.
- Rat für nachhaltige Entwicklung 7, 323
- Ratsbegehren 91, 104 ff., 109, 187, 191, 245
- Ratsreferendum, *siehe* Ratsbegehren
- Rechtsstaat(sprinzip) 55, 65, 73, 79, 100, 306, 326
- Rechtsunsicherheit 300 f., 304, 311 f., 358
- Rederecht 325 f., 367
- Referendum
 - fakultatives 91, 105 f., 109, 151 f., 156, 165, 298 ff., 344, 355 f., 370, 377 f.
 - Gesetzesreferendum 91, 105 f., 109, 299 ff.
 - obligatorisches 91, 105, 109, 135, 298 ff.

- Verfassungsreferendum 105, 107, 156, 297 ff.
- Regierung 7, 293 f., 296, 300, 303 f., 308 ff., 327, 333, 363, 379
- Relationierung 11, 73, 329
- Relevanztest 301, 315 f., 336
- Rente(npolitik) 33, 314
- Repräsentative Demokratie, *siehe* Demokratie, parlamentarische
- Republikprinzip, *siehe* Gemeinwohl
- Responsivität 273
- Reversibilität 45, 165, 233, 243, 354, 375
- Revisions Sperre, *siehe* Bindungswirkung
- Rio-Konferenz 22, 78

- Sachkunde 307, 347
- Sachlichkeitsgebot 128, 137, 178, 321, 367
- Sankt-Florians-Prinzip 145, 195, 201, 217, 239, 243, 247 ff., 253 ff., 278, 375, 377
- Schlichtungsfunktion, *siehe* Akzeptanzfunktion
- Schuldenbremse 56, 61, 77
- Schulschließung 240 ff.
- Schwarmintelligenz 201, 268 ff., 377
- Schweiz 84, 277, 293, 303, 305, 327, 377
- Sozialstaatsprinzip 33, 57 f.
- S 21-Kündigungsgesetz 130 ff., 185, 254 f.
- Sozialversicherung 33, 37
- Sperrwirkung, *siehe* Revisions Sperre
- Staatsverschuldung 3, 27, 31, 37, 76, 120
- Staatszielbestimmung 2, 52, 56 ff., 61
- Stadionbau des SC Freiburg 191 ff., 254
- Status activus 91, 108, 318 f.
- Steuerungsschwäche 56

- Teilnahmeparadoxon 341
- Territorialabstimmung 90
- Themenausschluss, *siehe* Negativkatalog trial and error 354

- Überforderung 328, 346
- Übertragbarkeit 244, 277 ff.
- UNCED 4, 17
- Unechtes Scheitern 102, 171, 181, 249 f.
- Unionsrecht, *siehe* EU-Recht
- Unterschriftensammlung
 - amtliche Eintragung 97, 127, 136, 148, 178, 316, 319
 - freie Sammlung 93, 127, 168, 316, 319
 - online Eintragung, *siehe* Neue Medien

- Verfassungsänderung 91, 109, 123, 284 ff., 291 ff., 298, 343, 374
- Verfassungsbeschwerde 364, 366
- Verfassungsvorbehalt 282 f.
- Verhältnismäßigkeit 65 ff., 72 f., 374
- Veto(recht) 152, 185, 298, 301
- Völkerrecht 26, 50, 125, 366
- Volksantrag, *siehe* Volksinitiative
- Volksbegehren 84, 90, 92 ff., 121, 124, 126 ff., 135 ff., 148 ff., 158 ff., 167 ff., 177 ff., 189, 191, 291, 296 ff., 304, 307, 311, 316 ff., 325, 326 ff., 332 ff., 336 ff., 338 ff., 356 ff., 361 ff., 371, 378
- Verwandtenselektion, *siehe* Altruismus, nepotistisch
- Volksentscheid 84, 94 ff., 128 ff., 137 ff., 149 ff., 159 ff., 168 ff., 178 ff., 186, 290, 300 f., 305, 324, 330 ff., 340 ff., 345 ff., 355 f., 360 f., 365 f., 378
- Volksgesetzgebungsverfahren 91 ff., 112, 116, 187, 276, 281, 287, 297 f., 306, 311, 315 ff., 319, 328 ff., 332, 335 f., 341 f., 355, 363, 377 f.
- Volksinitiative 92, 156 ff., 168
- Volkspetition, *siehe* Petition
- Vorrang der parlamentarischen Demokratie 281, 283, 289, 301, 305, 336, 349, 371
- Vorwirkung 185, 203, 376

- Wahl 89 f., 138 f., 150, 178, 224, 243, 282, 285 f., 296, 308, 318, 345 ff., 360
- Wahlperiode 6, 8, 43, 136, 138, 153, 160, 305
- Wahlrechtsgrundsätze 111 f., 288
- Wissensmängel 45 f., 233, 354 f.
- Wissensgenerierung 184, 244, 251, 272, 376

- Zukunftsorientierung 42 ff., 256 ff., 261, 264
- Zukunftsvergessenheit 304, 379
- Zukünftig Lebende, *siehe* künftige Generationen
- Zustimmungsquorum, *siehe* Quorum